

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 25 / 2018

THEMENSCHWERPUNKT:  
»POPULISMUS« UND DEMOKRATIE

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017
- MUSICA PRO PACE 2017
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018*

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Michael Pittwald

*Einband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe, unter Verwendung eines vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereitgestellten Fotos von Steffen Kugler.

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de  
Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2018

© 2018 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISSN 0948-194X  
ISBN 978-3-8471-0957-0

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
Editorial. . . . .	9
<b>I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017</b>	
<i>Reformation: Wirkt sie noch heute auf die Gesellschaft und das Miteinander der Religionen?</i> Mit Heinrich Bedford-Strohm, Hans Joas . . . . .	15
<i>Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?</i> Mit Markus Meckel, Beate Klarsfeld, Bernd Weisbrod . . . . .	41
<i>Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel</i> Mit Reinhold Schnabel, Annelie Buntenbach, Paul Ziemiak . . . . .	73
<i>Modell Costa Rica? – Bildung statt Armee!</i> Mit Henning Jensen Pennington, José Joaquín Chaverri Sievert, Sebastian Huhn . . . . .	95
Robert Menasse, Wien <i>Europa sieht Deutschland: »Der deutsche Mensch als Symptom«</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit . . . . .	119
<i>Brexit, Trump und »Populismus«</i> Mit Jan-Werner Müller, Karin Priester, Joschka Fischer . . . . .	135
<i>Militär und Justiz heute</i> Mit Dieter Deiseroth, Christoph A. Rass, Roland Czada . . . . .	161

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2017**

Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Friedensmusik im Reformationszeitalter 1517-1648* . . . . . 189

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

Joachim Westerbarkey, Münster  
*Populismus und ›fakes‹ – Wie gehen wir damit um?* . . . . . 205

Maximilian Probst, Hamburg  
*Die Verherrlichung des Kämpfers kehrt zurück* . . . . . 211

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 217  
Abbildungsnachweis . . . . . 223



## Brexit, Trump und ›Populismus‹

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 25. Oktober 2017

<i>Prof. Jan-Werner Müller</i>	Politikwissenschaftler, Princeton University / USA
<i>Prof. Dr. Karin Priester</i>	Politikwissenschaftlerin und Soziologin, Universität Münster
<i>Dr. h.c. Joschka Fischer</i>	Bundesaußenminister a.D., Berlin
<i>Prof. Dr. Armin Schäfer</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

*Armin Schäfer:* Das Thema dieses Osnabrücker Friedensgesprächs könnte aktueller kaum sein: Gestern fand die erste, konstituierende Sitzung des neu gewählten Bundestages statt; die AfD zog dort mit 92 Abgeordneten ein, und dass dieser Umstand das politische Klima beeinflussen würde, hat sich schon während des Wahlkampfes abgezeichnet. Nun wird in allen Parteien diskutiert, wie mit diesen neuen politischen Konkurrenten umzugehen sein wird. Insbesondere in den Unionsparteien wird gefragt: Schließen wir die ›rechte Flanke‹? Und wenn ja, wie kann das gelingen?

Dabei richtet sich der Blick besonders nach Österreich, weil dort der bisherige Außenminister *Sebastian Kurz* von der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) die Wahl gewonnen hat, indem er – relativ schamlos – Themen der rechtspopulistischen *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) kopiert und übernommen hat und mit dieser Partei jetzt Koalitionsverhandlungen führt. Zwar hat die ÖVP die Wahl mit einem Stimmenanteil von 31,5% gewonnen, aber die Strategie, die FPÖ kleinzuhalten, indem man deren Themen übernimmt, hat nicht so gut funktioniert, denn die FPÖ erzielte mit 26% eines ihrer besten Ergebnisse in Österreich.

Erfolge rechtspopulistischer Parteien sind aber keine Besonderheiten von Österreich und Deutschland. In fast allen europäischen Ländern sitzen inzwischen Rechtspopulisten in den Parlamenten. Insbesondere in unseren osteuropäischen Nachbarstaaten sind diese Parteien sehr erfolgreich. In Tschechien gewann der Multimilliardär *Andrej Babiš* mit europakritischen und islamfeindlichen Parolen die Parlamentswahlen, in Ungarn und Polen

regieren populistische Parteien, und dadurch wird die Europäische Union immer häufiger zur Zielscheibe von Protest, was die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten schwieriger macht. Gleichzeitig halten uns die *Brexit*-Verhandlungen in Atem, und beinahe täglich dürfen wir gebannt auf neue *Twitter*-Nachrichten von US-Präsident *Donald Trump* schauen und uns fragen, welchen größeren oder kleineren Schaden er damit anrichtet.

Es gibt gute Gründe, darüber nachzudenken, was diese Phänomene gemeinsam haben, was sie unterscheidet, wie die etablierten Parteien handeln sollten und was der Aufschwung des Populismus für die internationale Zusammenarbeit und die Europäische Union bedeutet.

Wir müssen also fragen, wie auf ›Brexit, Trump und Populismus‹ reagiert werden sollte, und darauf Antworten zu geben, ist sicher auch für unsere Podiumsgäste nicht einfach. Frau Priester und Herr Müller haben mit viel beachteten Büchern zur Debatte um das Thema Populismus beigetragen, und Herr Fischer hat sich immer wieder engagiert in die öffentliche Debatte eingebracht und die Errungenschaften der europäischen Einigung gegen Anfeindungen verteidigt. Wir sind gespannt auf ihre Statements.

*Karin Priester:* Nicht zuletzt die jüngsten Wahlergebnisse in Deutschland und Österreich legen es nahe, zu untersuchen, ob die angesprochenen aktuellen Entwicklungen für die Demokratie, wie wir sie kennen, eine Bedrohung darstellen.

Doch lassen Sie mich zunächst kurz an die im 17. Jahrhundert in Münster und Osnabrück stattgefundenen Verhandlungen zur Beendigung des Dreißigjährigen Krieges erinnern: Mit dem Abschluss der Friedensverträge vom 24. Oktober 1648 endete dieser verheerende Krieg, der auch als ›deutsche Urkatastrophe‹ bezeichnet wurde. Dabei hatte man in Münster und in Osnabrück eine unterschiedliche Verhandlungspraxis befolgt: In Münster wurde unter päpstlicher und venezianischer Vermittlung verhandelt, in Osnabrück dagegen fanden die Verhandlungen mit Schweden direkt und ohne Vermittlung zwischen den Parteien statt.

Was hat das nun mit unserem Thema und der Gegenwart zu tun? Davon berührt ist unser Demokratieverständnis: Die liberale Demokratie, in der wir leben, beruht auf der Vermittlung des politischen Willens durch Abgeordnete mit freiem Mandat – so jedenfalls steht es in der Verfassung – und durch Parteien. Parteien haben den Verfassungsauftrag, bei der Bildung und der Aggregation des politischen Willens mitzuwirken. Wir leben also in einer *vermittelten* Demokratie. Populisten fordern dagegen eine *direkte*, nicht-vermittelte Demokratie durch Referenten und Plebiszite. Die Bildung des politischen Willens durch Organe zwischen Regierung und Volk sei überflüssig, sagen sie, weil das Volk ja bereits mündig sei und

keineswegs erst ›erzogen‹ werden müsse. Und die Parteien hätten sich zu einer abgeschotteten Kaste, zu einer Oligarchie entwickelt, die den unmittelbaren Willen des Wahlvolkes missachte.

Ich möchte nun auf vier häufig gestellte Fragen eingehen.

Erstens: Was versteht man unter ›Populismus‹? Einige Autoren und die meisten Medien verstehen unter Populismus eine *Rhetorik*, eine bestimmte Ansprachetechnik, und eine Mobilisierungsstrategie, die sich vom vermeintlich rationalen, vernunftgeleiteten Diskurs der Eliten vor allem *stilistisch* unterscheidet: Populisten schüren Emotionen, sie treten vulgär auf und scheuen sich nicht vor rüden Verunglimpfungen des Gegners. Das Auftreten populistischer Führer von *Umberto Bossi* bis zu *Silvio Berlusconi* in Italien, von *Jean-Marie Le Pen* in Frankreich und neuerdings bis zu Trump in den USA belegt dies zwar, bleibt aber an der Oberfläche. Andere, und dazu gehöre auch ich, definieren Populismus dagegen als eine *Ideologie*, eine bestimmte Weltsicht, oder ein gesellschaftliches Deutungsmuster. Diese Weltsicht beruht auf *Polarisierung* bzw. einem angenommenen Gegensatz von Volk und Eliten, einem Dualismus von unten und oben. Das Volk gilt als gut und moralisch, die Eliten dagegen als unmoralisch, korrupt, eigennützig, arrogant usw. Die Eliten agieren, so sagen Populisten, unter einer ›Käseglocke‹ oder, wie man heute sagt, ›in einer Blase‹ – fernab von den Sorgen und Nöten des ›gemeinen Mannes‹ bzw. der ›einfachen Menschen‹.

Eine zweite Frage wird oft gestellt: Wer ist eigentlich ›das Volk‹ im Populismus? Seit der Antike unterscheidet man zwischen dem *populus* und dem *vulgus* oder der *multitudo*. *Populus* bedeutet: das Staatsvolk. So gesehen gehören wir alle, unabhängig von unserer sozialen Stellung, zum Volk der Deutschen, der Franzosen, der Italiener. Wenn Kanzlerin *Merkel* etwas verwundert feststellte, sie gehöre doch auch zum Volk, hat sie staatsrechtlich durchaus recht, sozial gesehen aber unrecht, denn sie hat die zweite Bedeutungsebene von ›Volk‹ außer Acht gelassen, die Ebene des ›niedereren‹ Volkes, der bildungsfernen, hart arbeitenden ›kleinen Leute‹. Bis etwa Mitte des 20. Jahrhunderts waren das vor allem Bauern, kleine Handwerker oder Ladeninhaber, heute sind es das sogenannte Dienstleistungsproletariat, kleine Selbstständige und abstiegsbedrohte mittlere Schichten, in Ländern wie Italien mit hoher Jugendarbeitslosigkeit aber auch viele Menschen mit Universitätsabschlüssen, die keinen Job finden.

Eine dritte Frage lautet: Wann ist von einem ›populistischen Moment‹ zu sprechen? Unter dem populistischen Moment versteht man das auslösende Moment für den Aufstieg und den politischen Durchbruch populistischer Bewegungen und Parteien. Damit es überhaupt zu einem solchen Durchbruch, zu einem solchen Moment kommt, müssen bestimmte Vor-

aussetzungen gegeben sein. Auf ökonomischer Ebene sind dies Deindustrialisierung, Arbeitsplatzverlust oder Angst davor, wachsende soziale Ungleichheit und ein wachsendes Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie. Auf sozialer Ebene ist vor allem der bedrohte Status zu nennen: Status hat ja nicht nur eine materielle, sondern auch eine psychologische Seite. Wer in



Karin Priester

seinem sozialen Status absinkt, hat nicht nur weniger Geld in der Tasche, sondern verliert auch Anerkennung, Wertschätzung, Achtung und Respektabilität. Er gilt nichts mehr und wird mitunter sogar von liberalen Bildungseliten verachtet. Hinzu kommen schließlich politische Gründe, die zusammenfassend als *Repräsentationskrise* bezeichnet werden. Wenn das Gefühl vorherrscht, nicht mehr wahrgenommen, nicht mehr gehört, nicht mehr repräsentiert zu werden, kein Sprachrohr mehr zu haben, zie-

hen sich viele ganz aus der Politik zurück und nehmen gar nicht mehr an Wahlen teil, oder aber sie wenden sich populistischen Protestparteien zu, denen es zunehmend gelingt, diese große Gruppe der Nichtwähler zu mobilisieren. Der populistische Moment tritt dann ein, wenn zusätzlich zu den genannten Gründen eine besondere Krise, ein fatales Großereignis eintritt und als Katalysator der Verdrossenheit wirkt. In Westeuropa waren dies in jüngerer Zeit vor allem die Banken- und Finanzmarktkrise von 2008 und die Flüchtlingskrise vom Herbst 2015. Überall in Westeuropa hat die letztgenannte Krise zu einem großen Aufschwung rechtspopulistischer Parteien geführt. Man denke z.B. an Schweden, wo die *Schweden-*

*demokraten* bei Wahlen auf fast 20% angewachsen sind. Auch Deutschland ist so ein Fall. Nach dem Auszug der Gründer der AfD glaubte man schon, diese Partei sei am Ende. Ihr fulminanter Erfolg setzte aber erst mit der Flüchtlingskrise ein. Auch der neue österreichische Kanzler Kurz hat in seinem Wahlkampf fast ausschließlich mit dem Thema ›Migration und Flüchtlinge‹ gepunktet und wird voraussichtlich mit der FPÖ koalieren.

Ein letzter Punkt: Wie ist Populismus zu bewerten? Ist er eine Gefahr für die repräsentative Demokratie oder nicht auch ein nützliches Korrektiv? Die Meinungen hierzu gehen weit auseinander. Die Anhänger der Gefahrenthese blicken vor allem auf Regime – Bewegungen, die bereits an der Macht sind – wie in der Türkei, in Ungarn oder Polen. Diese Regime sind fraglos illiberal, und sie sind nationalistisch. Darin liegt eine Gefahr für den Rechtsstaat und für die Europäische Union. Ohne diese Gefahren zu verharmlosen, kann man in populistischen Parteien oder Bewegungen aber auch einen Warnschuss, ein Frühwarnsystem, ein nützliches Korrektiv sehen. Worin könnte der Nutzen bestehen? Erstens: Populisten machen deutlich, dass die Globalisierung nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer hat. Zweitens: Sie machen deutlich, dass nicht alle Menschen Kosmopoliten sind und nicht sein können, sondern dass es auch eine Verbundenheit mit einer Landschaft, einer Kultur, einer Lebensweise gibt. Ein Land oder eine Region ist eben nicht nur ein Wirtschaftsstandort, sondern ein historisch gewachsener Raum, der Identität und Zugehörigkeit schafft. Drittens: Auf politischer Ebene machen Populisten deutlich, dass es in einer lebendigen Demokratie Alternativen geben muss. Jahrelange Große Koalitionen sind Wasser auf die Mühlen von Populismus. Sie bestärken das Gefühl von Alternativlosigkeit, weil die etablierten Parteien sich nicht mehr substantiell voneinander unterscheiden. Denn in entscheidenden Bereichen der Außenpolitik, der Europapolitik, der Wirtschaftspolitik und der Immigrationspolitik sind sie mehr oder weniger auf einer Linie. Erst die jahrelangen Großen Koalitionen in Österreich haben die FPÖ stark gemacht. Die jahrzehntelange Hegemonie der Christdemokraten in Italien hat gleich mehrere populistische Gegenbewegungen befördert: Die regionalistische *Lega Nord*, die 20 Jahre dauernde Herrschaft Berlusconis und schließlich die *Fünf-Sterne*-Bewegung. Populisten, so wird gesagt, stellen richtige Fragen, aber sie gäben falsche Antworten. Populismus ist zweifellos ein Krisenphänomen. Aber auch die Eliten können falsche Antworten darauf geben, wenn sie die Parole ausgeben: Verschanzung in einer Wagenburg, Abschottung, Verteufelung des Populismus und mit Volldampf voraus, weiter so wie bisher. Ich glaube, neuerdings bei Politikern und in den Medien ein gewisses Umdenken festzustellen; ein kleines Beispiel: Nachdem die Berufung auf den Begriff ›Heimat‹ jahrelang als Ausweis fast

schon völkischer oder gar rechtsextremer Gesinnung galt, wird der Begriff neuerdings auch von Politikern des *mainstream* wiederentdeckt und positiv besetzt. Man hat, so scheint es, den Warnschuss gehört und zieht Konsequenzen daraus.

Ich möchte schließlich auf zwei Fehler hinweisen, die man vermeiden sollte. Den ersten könnte man ›Pseudopopulismus‹ nennen. Darunter verstehe ich eine bloße Anbiederung an die einfachen Menschen nach dem Motto: Ich bin einer von euch. Der Kanzlerkandidat der SPD, *Martin Schulz*, hatte durchaus eine richtige Intuition, aber wohl nicht die Statur, sie produktiv umzusetzen. Den zweiten möglichen Fehler möchte ich als ›Rhetorik der schönen Worte‹ bezeichnen. Diese Klippe ist weitaus schwerer zu umschiffen, denn es ist nicht mit Worten getan, wenn ihnen keine Taten folgen. Nicht alles, was dem Wirtschaftsstandort Deutschland und seiner Produktivitätssteigerung dient, dient auch den Menschen. Es ist allgemein bekannt, dass die soziale Ungleichheit zugenommen hat; dass auch in diesem reichen Land Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben; dass es eine besorgniserregende Kinderarmut gibt; dass auch Mittelschichten von sozialem Abstieg bedroht sind. Der AfD-Politiker *Marc Jongen* hat von einer ›Proletarisierung der Mittelschichten‹ gesprochen. Der soziale ›Fahrstuhl nach oben‹, der allen Menschen Aufstiegschancen verspricht, funktioniert nicht mehr. Politikwissenschaftler sagen zwar, Wahlen würden in der Mitte der Gesellschaft gewonnen. Es gibt aber nicht nur eine, die ›neue Mitte‹, sondern auch eine andere, eine bedrohte Mitte. Man darf sie nicht Leuten wie Jongen und der AfD überlassen.

*Jan-Werner Müller*: Ein wenig Dissens kann unserer Diskussion sicher nicht schaden, und daher möchte ich gleich einige Differenzen zum Ansatz von Frau Priester markieren: Ich würde nicht jeden, der ›die Eliten‹ oder ›das Establishment‹ kritisiert, automatisch als Populisten bezeichnen. Denn bis vor wenigen Jahren galt es doch stets als ein Zeichen guten demokratischen Engagements, den Mächtigen kritisch auf die Finger zu schauen. Inzwischen hört man häufig: Wer die Eliten mit Kritik überziehe, sei ein für die Demokratie potenziell gefährlicher Populist. Sicher kritisieren Populisten, wenn sie in der Opposition sind, die Regierung. Aber vor allem behaupten sie stets, dass sie und nur sie das repräsentieren, was häufig ›das wahre Volk‹ oder auch typischerweise ›die schweigende Mehrheit‹ genannt wird. Das ist nicht automatisch gleichbedeutend mit Rassismus oder fanatischem Hass auf die Europäische Union. Aber es hat zwei für die Demokratie gefährliche Konsequenzen: Zum einen bestreiten Populisten immer auch anderen Mitwettbewerbern um die Macht deren Berechtigung dazu. Nie geht es ausschließlich um eine Auseinandersetzung in der Sache, die ja

idealerweise produktiv ist, sondern Populisten werden immer gleich persönlich und hochmoralisch: Die anderen seien ›korrupt‹ oder, um ein Wort aus dem amerikanischen Wahlkampf 2015/2016 zu gebrauchen, *crooked*. Donald Trump war, was seine Rhetorik während des Wahlkampfes angeht, sicherlich ein Extremfall, aber keine Ausnahme, denn so wie er agieren Populisten stets.

Zum ändern behaupten Populisten auch, dass man bei all denjenigen, die sie nicht unterstützen, die Zugehörigkeit zum eigenen ›Volk‹ ganz prinzipiell infrage stellen darf, denn wer die symbolische Konstruktion des vermeintlich ›wahren‹ Volkes durch die Populisten nicht teilt, beweist damit, dass er nicht dazugehört. So sagte z.B. der UKIP-Gründer *Nigel Farage* während der Nacht des Brexits, dies sei ein *victory for real people* gewesen – was nichts anderes implizierte, als dass die 48%, die für die Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft votiert hatten, irgendwie nicht *real* sind, also nicht wirklich zum britischen bzw. englischen Volk gehören. Ein anderes Beispiel bot eine Wahlkampfreden von Donald Trump im Mai 2016, in der die entlarvende Bemerkung fiel: »*The only important thing is the unification of the people – because all the other people don't mean anything*«. Es ist also der Populist, der darüber entscheidet, wer wirklich dazugehört und wer nicht. Wer von Rechts wegen dazugehört, etwa einen amerikanischen Pass hat, spielt keine Rolle.

Das entscheidende Merkmal des Populismus ist demnach nicht das Anti-Elitäre. Man kann auch etwa die neoliberale Globalisierung kritisieren, ohne deswegen schon ein Populist zu sein. Das Entscheidende am Populismus ist sein *Antipluralismus*, die Tatsache, dass immer Ausschlüsse dekretiert werden, und zwar auf zwei Ebenen zugleich: auf der Ebene der Politik – der Parteien und anderer Politiker – und auf der Ebene des Volkes, der Bürger selber. Auch wenn populistische Akteure nicht die Macht erlangen, entsteht potenziell Schaden für die demokratische politische Kultur. Denn wenn Populisten bei Wahlen nicht gewinnen, präsentieren sie der Öffentlichkeit ihr logisches, geradezu zwangsläufiges Problem: Wie konnte es passieren, dass sie, die einzig authentischen Vertreter des wahren Volkes, nicht die Wahl gewonnen haben? Als Antwort bemühen Populisten gern die Formel von der ›schweigenden Mehrheit‹: Wenn diese Mehrheit nicht schweigen würde, wären die Populisten immer schon an der Macht. Solange dies aber nicht der Fall ist, werde die Mehrheit zum Schweigen gebracht oder anders unwirksam gemacht. Es ist kein Zufall, dass Populisten, die Wahlen verlieren, häufig deren Ergebnisse entweder rechtlich anfechten oder zumindest moralisch in Zweifel ziehen. So wollte auch *Norbert Hofer*, unterlegener Kandidat bei der Präsidentschaftswahl in Österreich 2016, erklären, warum er, der selbsternannte ›Mann des

Volkes‹, gegen einen ›alten, grünen Professor aus Wien‹ mit ethnisch dubiosem Hintergrund verlieren konnte. Hofer sagte über seinen siegreichen Konkurrenten, dieser sei ›gezählt, aber nicht gewählt‹, und brachte damit seine Geringschätzung gegenüber der Demokratie zum Ausdruck, in der der Wählerwille nur in nackten Zahlen gemessen werde.

Wie Hofer versuchen alle Populisten immer, die Vorstellung eines ir-



Jan-Werner Müller

gendwie gearteten ›wahren‹ Volkes gegen bestehende Institutionen auszuspielen. Selbstverständlich darf man unser Wahlsystem kritisieren, aber zu argumentieren wie die Populisten: Weil ich nicht gewonnen habe, ist unser System Mist, verfängt nicht. Donald Trump drohte im November 2016 gegenüber *Hillary Clinton*: Na, wenn sie gewinnt – ob ich das anerkennen werde? Naja, das sage ich Ihnen dann beizeiten. Laut Umfragen waren

70% der Trump-Anhänger der Meinung, dass die Wahl gefälscht worden sein müsse, falls Hillary Clinton gewinne. Wenn Populisten ihren Anhängern ständig suggerieren, die Demokratie sei nur Fassade, dahinter mauschelten stets die liberalen Eliten zu ihrem Vorteil usw., erschüttern sie das Grundvertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen. Das ist eine schlechte Nachricht für jede Demokratie.

Können Populisten überhaupt *regieren*? Es gibt die verbreitete Ansicht, dass diese Akteure dazu definitionsgemäß nicht in der Lage seien, denn es handele sich ja immer um Protestbewegungen. Wenn Populisten zur Macht gelangt seien, könnten sie logischerweise nicht gegen sich selbst protestieren; ähnlich die Annahme, Populisten könnten ihren antielitären Diskurs

nicht fortsetzen, wenn sie selbst an der Regierung und damit selber ›Elite‹ seien. Beliebt ist auch die Vorstellung, Populisten hätten derart ›unterkomplexe‹ Ideen über Politik, dass sich vom ersten Tag der Regierungsübernahme an herausstellen würde, dass sich nichts davon umsetzen lässt: Die von Trump angekündigte Mauer würde nicht gebaut, das Freihandelsabkommen TPP nicht aufgekündigt usw. Diese Ansichten sind naiv! Es gibt genügend Beispiele in unserer Zeit, um zu erkennen, dass Populisten sehr wohl als Populisten – d.h. als Antipluralisten – regieren können. Eine legitime Opposition erkennen sie dabei nicht wirklich an, denn sie glauben, dass sie allein das Volk vertreten. Wie Beispiele aus der Türkei, aus Ungarn, Polen, Venezuela, vielleicht auch Indien, vielleicht auch den USA nahelegen, könnte man sogar von einer eigenen ›populistischen Regierungskunst‹ sprechen, denn es haben sich bestimmte Muster herausgebildet in der Art, wie diese Regierungen kommunizieren und agieren. So wird Kritik von unabhängigen Institutionen wie Gerichten und Medien von Populisten regelmäßig mit dem Hinweis beantwortet, dass die Regierenden gewählt seien – und die Kritiker nicht. Im Hintergrund versuchen diese Regierungen typischerweise, sich den Staat auf gewisse Weise selber anzueignen. Wo eigentlich ein neutrales Beamtentum sein sollte, werden Positionen mit Gefolgsleuten besetzt. Solche Fälle erleben wir zwar auch bei uns, aber Populisten betreiben dies ganz offensiv, und zwar mit einer aus ihrer Sicht moralischen Berechtigung, denn sie vertreten ja das Volk, und der Staat sei schließlich für das Volk da. So streben Populisten als Volksvertreter danach, den Staat in Besitz zu nehmen. Wenn sich dagegen Protest regt, sind Populisten schnell dabei, diesen umfassend zu diskreditieren, auch dann, wenn der Protest realpolitisch keine Gefahr darstellt. Man erhebt ganz prinzipiell einen moralischen Alleinvertretungsanspruch für das Volk, der jeden Protest in dessen Namen ausschließt.

Der russische Präsident *Wladimir Putin* hat vorgemacht, wie Populisten in solchen Situationen am liebsten agieren. Er war der Erste, der erklärte: Wer da draußen auf der Straße gegen mich demonstriert, gehört nicht zur Zivilgesellschaft, vielmehr sei das alles vom Ausland – von der CIA oder *George Soros* und anderen – finanziert und gesteuert. Der türkische Regierungschef *Erdogan* bemühte angesichts der Gezi-Park-Proteste in Istanbul das Argument, dass die Lufthansa dahinterstecke; diese fürchte bekanntlich die Konkurrenz von *Turkish Airlines* und deren neuen, von Erdogan erbauten Flughafen. Das sind typische Muster von ›populistischer Regierungskunst‹. Sie *können* regieren, und es ist naiv anzunehmen, das Problem werde sich von selber lösen. Ebenso ist es abwegig zu glauben, dass im Fall von Trump das Schlimmste mit Ende des Wahlkampfes vorüber sei, weil er ja ›inkompetent‹ sei.

Der Titel dieser Veranstaltung paraphrasiert die ›große Erzählung‹ des Jahres 2017. Oft prophezeiten die Medien schon eine Fortsetzung mit *Geert Wilders* und *Marine Le Pen* und einer Trendwende in Deutschland, so als gäbe es eine Welle, einen Tsunami, der quasi unausweichlich die Eliten überspülen werde; eine Urkraft, eine Ideologie auch, die überall jetzt triumphieren werde. Was dieses Bild der Welle übersieht, ist, dass nicht die viel zitierten Männer und Frauen ›von der Straße‹ dahinterstehen, sondern Politiker und Intellektuelle, die z.B. in Großbritannien die Wähler zur Abkehr von der EU agitierten. Auch in den USA ist Trump mithilfe einer sehr etablierten Partei Präsident geworden, nicht etwa als Kandidat einer neuen Graswurzelprotestbewegung wütender weißer Männer. Und seine Helfer und Gewährleute hießen *Chris Christie*, *Rudy Giuliani*, *Newt Gingrich*. Das US-Wahlergebnis vom 8. November 2016 erklärt sich weiterhin am besten mit *Parteilichkeit*: 90% der Bürger, die sich als Republikaner verstehen, haben Trump gewählt; das war der entscheidende Faktor, und das zu verstehen ist wichtig. Denn bisher ist weder in Westeuropa noch in Nordamerika ein Rechtspopulist an die Macht gekommen, *ohne* Kollaboration von etablierten, konservativen Eliten. Wo diese Eliten sich verweigert haben – etwa bei der österreichischen Präsidentschaftswahl, als viele ÖVP-Bürgermeister im Land vor der Wahl Hofers warnten –, da triumphierte der Populismus eben nicht. Wir sollten also nicht wie gebannt auf ein neues Phänomen namens Populismus starren, das angeblich überall siegen wird. Wir sollten vielmehr das größere Bild im Auge behalten und – besonders bezüglich des Rechtspopulismus – genau darauf achten, was die vermeintlich normalen *mainstream*-Konservativen tun und inwieweit sie bereit sind, eine Kollaboration – ich benutze das Wort ganz bewusst – mit populistischen Akteuren einzugehen.

*Joschka Fischer*: Den Begriff ›Populismus‹ – das möchte ich gleich zu Beginn betonen – halte ich für problematisch, weil man um die Sache herumredet. Man sucht einen Begriff, ein Wort, das historisch nicht ›belastet‹ ist, und das sehe ich vor dem Hintergrund der spezifischen deutschen Geschichte und Erfahrung kritisch. Warum will man eine Rhetorik vermeiden, die belastet ist? ›Populismus‹ gibt es ja vermeintlich von rechts und auch von links. Aber hier reden wir über einen Rechtspopulismus, und damit hat unser Land reichlich negative Erfahrungen gesammelt. Ich sehe keine ›populistische Welle‹, sondern vielmehr einen Aufstand von rechts – gegen vieles: Es gibt außenpolitische Entwicklungen – die ›Globalisierung‹ wird immer genannt – und innergesellschaftliche Entwicklungen – etwa dass die Frage der Geschlechtergleichstellung heute eine große Rolle spielt; dass ethnische und sexuelle Minderheiten Gleichstellung nicht nur einkla-

gen, sondern auch durchsetzen und sich politisch engagieren. All das trägt offensichtlich dazu bei, dass es diesen Aufstand gibt. Aber im Kern ist es ein Aufstand gegen die Demokratie.

Die Populisten von rechts vertreten ein Konzept von Demokratie, das nicht das des Grundgesetzes ist: Dieses Grundgesetz wurde seinerzeit in Herrenchiemsee nicht etwa im Rahmen einer Honoratiorenversammlung entwickelt, sondern von Angehörigen einer Generation, die damit die Summe ihrer Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik einbrachte. Unser Grundgesetz sieht deshalb keinen direkt gewählten Bundespräsidenten vor, weil die Erfahrung mit dem direkt gewählten Reichspräsidenten *Hindenburg* katastrophal war und den Mitwirkenden noch sehr präsent. Auch direkte politische Appellationen an die ›Reinheit des Volkes‹ – Volksbefragungen, also identitäre Demokratie – wurden als



gefährliche Einladung für Agitatoren, für Manipulateure verstanden. Denn schon von der Fragestellung hängt es ja ab, mit welchem Ergebnis man dabei zu rechnen hat. Man erinnere sich an den ungarischen Präsidenten *Orbán*, der dieses Instrument zu

nutzen weiß und per Volksbefragung darüber abstimmen ließ, ob man Flüchtlinge ins Land lassen will oder nicht. Er wusste schon, wie das Ergebnis aussehen würde.

Mit dieser Welle von rechts wird die Demokratie infrage gestellt. Sie wurde als *repräsentative* Demokratie von der parlamentarischen Versammlung in Herrenchiemsee konzipiert – mit der klaren Erkenntnis vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, dass der direkte Appell an das Volk sich als sehr gefährlich erwiesen hatte. Denn wenn Mehrheit alles ist, ist Minderheit nichts. Darum trifft auch der Artikel 1 des Grundgesetzes eine klare, unmissverständliche Aussage, dass nämlich die ›Würde des Menschen unantastbar‹ ist. Keine andere Verfassung erachtet es für notwendig, dies auszusprechen. Warum wohl? Weil es ganz offensichtlich nicht die oberste Priorität deutscher Staatlichkeit in den 1930er Jahren gewesen ist, die Würde des Menschen zu achten. Im Gegenteil: Menschen konnten aufgrund von Abstammung und anderen Diskriminierungen

ausgegrenzt, ihrer Rechte, ihres Eigentums beraubt und schließlich umgebracht werden. Diese Erfahrung ist in das Grundgesetz eingeflossen, das darf man nicht vergessen.

Den rechten Angriff auf die Demokratie muss man sehr ernst nehmen, weil es auch ein Angriff auf die Gewaltenteilung ist. Das sehen wir überall, wo es diese, ihrem Anspruch nach ›identitäre‹ Demokratie schon gibt, die keine Repräsentanten und vermittelnde Institutionen braucht; in der die geliebte Führung direkt zum Volk spricht, und das Volk direkt mit ihm, gewissermaßen. AfD-Parteichef *Gauland* sagte noch in der Wahlnacht: »Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen«. Damit gibt es in Deutschland – nach Hitler – wieder jemanden, der ›sein‹ Land und ›sein‹ Volk zurückholen will. Diese und viele weitere einschlägige Sentenzen im Ohr, muss man begreifen, dass *Nationalismus* zum Kernbestand dieser Welle von rechts gehört. Was ist Nationalismus? Eine Sympathie für ›Heimat‹ reicht dafür nicht aus. Ich bin der Letzte, der meint, es gäbe keine Wurzeln – dieses Deutschland ist ein wunderbares Land! Aber wozu brauchen wir jetzt wieder eine ideologische Aufladung? Dazu ist das Land doch mittlerweile viel zu weit vorangekommen – und auch zu differenziert. Für mich gilt weiterhin dieser bewundernswerte, historische Satz unseres früheren Bundespräsidenten *Gustav Heinemann*, der auf die Frage: »Lieben Sie Ihr Land?« den Fragesteller streng ansah und antwortete: »Ich liebe meine Frau!«

Wir wissen doch, wie viel Schindluder mit angeblicher Heimatliebe getrieben wurde. Wir wissen, wo das endete! Und deswegen gilt: Nationalismus ist ein direkter Angriff auf den inneren Frieden einer Gesellschaft, die nicht mehr nur aus einer ethnischen Gruppe besteht. Man muss sich nur eine durchschnittliche Fußballmannschaft anschauen, und nicht umsonst spielt Fußball auch bei der AfD eine große Rolle. Herr Gauland sagte über *Jerôme Boateng*: »Den will man doch nicht als Nachbarn haben«. Warum? Weil er eine andere Hautfarbe hat. Dabei ist Boateng mehr Berliner als Gauland, so hat sich Deutschland entwickelt. Insofern ist es ein Angriff auf den inneren Frieden dieser Gesellschaft, wenn man nach Hautfarbe oder anderen Äußerlichkeiten urteilt. Ich bin nicht bereit, dieser Entwicklung nachzugeben und diesen Leuten unser Land zu überlassen. Wir haben gute Gründe, heftig zu widersprechen, und der beste Grund heißt: Europa! Was mich enttäuscht, ist dabei der *Opportunismus* der Mitte. Hat jemand im deutschen Wahlkampf etwas über Europa gehört?

Dabei zeigen sich zwei Methoden, mit dieser rechten Welle umzugehen: Einmal die österreichische ›Methode Kurz‹: Ich springe kopfüber hinein und übernehme sie, sozusagen. Davon halte ich gar nichts. Das andere ist die ›Methode Macron‹: Gegen Marine Le Pen in einer innenpolitischen

Situation, in der die Wut, der Hass auf Europa die französische Innenpolitik dominiert hat, stellt sich ein Kandidat hin, den damals kaum jemand kannte, und sagt: »Ich bin Pro-Europäer, wir brauchen dieses Europa. Wir können gar nicht ohne dieses Europa sein. Ich will dieses Europa! Ich will eine stärkere französische Rolle in diesem Europa«. Er hat sich offensiv für Europa eingesetzt – und gewonnen. Es geht also, und es gibt keine Veranlassung, den Kopf einzuziehen und zu meinen, man wäre in einer Minderheitenposition.

Im Lauf des Jahres 2016 wurde deutlich: Es ist eine Entwicklung im Gang, die weit über die Tagespolitik hinausreicht, und damit meine ich die Nachricht, dass in England in einer Volksabstimmung die Brexit-Befürworter in der Mehrheit waren. Das war eine bittere Erfahrung, und wir werden erleben, was die Konsequenz wird sein: Je bitterer es für alle Beteiligten wird, desto mehr wird es um den Kopf der *Brexit*-Befürworter gehen, und je mehr es um ihren Kopf geht, desto radikaler werden sie versuchen sich zu wehren.

Eine zweite Überraschung war für mich die Wahlniederlage von Hillary Clinton. Trump wurde Präsident. Was wäre gewesen, wenn dann auch noch Marine Le Pen gewählt worden wäre? Was wäre aus Deutschland geworden? Es hätte ein Desaster ohne Ende gegeben, eine Höllenfahrt für Frankreich, ökonomisch, aber auch für uns. Die Konsequenz, die wir daraus ziehen müssen, ist: Das darf sich nicht wiederholen! Wir müssen alles tun, um aus dieser Situation herauszukommen, also das Gegenteil von Nationalismus praktizieren.

Nicht vergessen werden darf auch die KP Chinas, deren Mitgliedschaft etwa die Größenordnung der deutschen Bevölkerung hat, 80 Millionen. In China wird die Zukunft gemacht, dort wird darüber entschieden, was auf uns zukommt. Wer glaubt, diese Herausforderung ohne Europa bestehen zu können, hat den Kontakt zur Realität verloren.

Der Opportunismus der Mitte, dieser ewige Versuch, sich anzupassen, fördert die ›rechte Welle‹, und das führt uns an den Abgrund. Das gilt ebenso für das Beschweigen der großen Themen. Kanzlerin Merkel muss sagen, wo sie hinwill. Sie muss erklären, warum sie 2015 die Grenzen für Flüchtlinge öffnen musste, und vieles mehr. Die Menschen spüren, dass große Veränderungen – auch technologische – kommen. Die deutsche Automobilindustrie, der wichtigste Sektor in unserem Land für Arbeit, für Einkommen und für Gewinn, steht vor einer historischen Transformation, die wir bewältigen müssen!

Die große Transformation, in der wir uns befinden – dass die Amerikaner, auf die wir uns fast selbstverständlich verlassen konnten, jetzt mit Trump eine ganz andere Sprache sprechen; dass die Briten, auf die wir uns

ähnlich sicher verlassen konnten, plötzlich der Meinung sind: Mit Europa wollen wir eigentlich nichts zu tun haben; dass China, Indien, Brasilien an Größe und Macht gewinnen – gilt es zu bestehen, und es muss endlich gesagt werden, was unsere strategischen Vorstellungen sind. Und auch wenn man gegen die rechte Welle etwas erreichen will, ist entscheidend, dass die großen Debatten wieder geführt werden. Wo soll es hingehen? Ich bin mir ziemlich sicher, dass dann der Populismus, oder wie immer man es nennen mag, ein Übergangsphänomen sein wird, weil er sich an dieser Debatte nur schwer beteiligen können, und mit wenig überzeugenden Argumenten. Man muss die Auseinandersetzung aber endlich beginnen und gewinnen wollen. Das ist nicht die Aufgabe einer Partei, sondern die Aufgabe der deutschen Demokratie.

Als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde, hatte auch ihr erster Kanzler *Adenauer* beide Weltkriege und den Nationalsozialismus erlebt. Diese Generation, die die Union gründete, war zutiefst geprägt durch das Ende der Weimarer Republik. Daraus entstand ja der Unionsgedanke: Nicht nur, dass die christlichen Konfessionen zusammenkommen sollten, sondern auch, dass es einen klaren Unterschied zwischen einem demokratischen Konservatismus und den Ultrarechten gibt; damals nannte man sie ehrlicherweise noch *Nazis*. Adenauer und die anderen Gründer der Union hatten verstanden, dass es kein Bündnis mit den Rechtsradikalen geben darf, unter keinen Umständen. Würde eines Tages die Union – wie jetzt die ÖVP in Österreich – ein Bündnis mit einer antieuropäischen Partei erwägen, so wären die Grundlagen dessen, was die Union begründet hat und ausmacht, infrage gestellt. Denn die Rechten bzw. Populisten stellen die Grundsätze unserer Demokratie infrage, und die Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens, indem sie Stimmung gegen Minderheiten, gegen Ausländer und andere machen. Dagegen müssen die Demokraten gemeinsam angehen, dann werden sie auch gewinnen.

Ich möchte die autoritäre Rechte eben nicht als Populisten bezeichnen. Sie sind einfach Rechte! Das sieht man in Ungarn, wo amtlicherseits eine unverhohlene antisemitische Plakatkampagne gegen *George Soros* läuft. Die Rechten bedienen sich populistischer Methoden und Instrumente, und die Demokratie darf auf keinen Fall zurückweichen, sondern muss erfolgreich gegen diese Leute bestehen. Macron hat gezeigt, wie es geht! Wir sollten also die deutsch-französische Freundschaft wirklich neu beleben und sie ernst nehmen!

*Armin Schäfer*: Der Populismus sei grundsätzlich demokratiefeindlich, hieß es wiederholt. Sie, Frau Priester, betonten dagegen eine Ambivalenz des Populismus, der neben negativen auch positive Aspekte haben könne.

*Karin Priester:* Ich bin durchaus einverstanden mit der Feststellung, Populismus sei ein Angriff auf die Demokratie. Mich beschäftigt aber die Frage, welche Gründe zu dieser Welle von rechts geführt haben. Einem Verdikt gegen einen ›Opportunismus der Mitte‹, also der These, die gesellschaftliche Mitte würde aus Bequemlichkeit den Populisten nachlaufen, kann ich nicht folgen. Es ist ein Fehlschluss anzunehmen, das Phänomen des Populismus ließe sich auf eine oder nur wenige Figuren wie Orbán, Kaczynski,



Armin Schäfer

Trump und ein paar andere zurückführen und damit sei das Problem analytisch gelöst. Man schaue sich in der Landschaft in Europa um und sehe, was es da an Populismus gibt: Die *Fünf-Sterne*-Bewegung in Italien ist etwas völlig anderes als der *Front National*, der wiederum ist etwas völlig anderes als die norwegische *Fremskrittspartei*, die *Wahren Finnen* sind wieder etwas anderes als die FPÖ usw.

Man muss differenzieren und beispielsweise für Norwegen, wo die Populisten als Juniorpartner in einem konservativen Kabinett

an der Regierung beteiligt sind, feststellen, dass die Demokratie darunter nicht gelitten hat. Der Angriff auf die Demokratie hat – wenigstens in Norwegen – nicht stattgefunden. Und hat er etwa in der Schweiz stattgefunden, wo die Schweizerische Volkspartei SVP stärkste Partei ist?

Es ist sicherlich völlig zutreffend, von einer ›rechten Welle‹ zu sprechen. Wir müssen aber nach den Gründen fragen, die dazu geführt haben. Woher kommen die Leute, die sich für rechtspopulistische Parteien begeistern

oder sie auch nur aus schierem Protest wählen? Sie vertreten jedenfalls nicht alle die gleiche ideologische Linie. Viele wählen den *Front National* oder die *Fünf Sterne* und andere Rechtsparteien vorrangig, um den Eliten einen Denkart zu verpassen, weil sie eine politische Alternative vermissen. Überall in Westeuropa sind rechtspopulistische Parteien angetreten als Stimmen eines gesellschaftlichen Mittelstandes, zu dem sich hauptsächlich kleine Selbstständige zählen, weniger die Lehrer und Beamten. Zum Teil treten diese Parteien noch immer so auf, auch deshalb, weil sie es ihren Anhängern schuldig sind, z.B. in Italien, einem Land mit einer starken Jugendarbeitslosigkeit. In Frankreich ist es ebenso: Macron hat sehr viel versprochen; ob er das wird einlösen können, bleibt abzuwarten. Es ist das Phänomen von Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit überhaupt und prekärer Beschäftigung, das in diesen Ländern einen zentralen Grund für die Hinwendung zum Rechtspopulismus ausmacht. Hinzu kommt das Gefühl, dass die Eliten *out of touch* sind, nicht mehr die ›Stimme des Volkes‹ hören, nicht mehr mitbekommen, was in bestimmten Kreisen, Gruppen, Ländern oder Regionen wirklich geschieht.

Anlässlich der Landtagswahlen in Deutschland war die Verwunderung groß: In Westdeutschland blieben die Wahlergebnisse für die Populisten meist knapp, teils erheblich unter 10% – nicht aber in Ostdeutschland. Worauf ist das zurückzuführen? Zur Antwort muss man auf die Geschichte der nach 1989 aus der ehemaligen DDR zu Gesamtdeutschland hinzugezogenen Ostprovinzen schauen: Es ist das Phänomen des Abgehängtseins, die Wahrnehmung, dass sich keiner mehr kümmert! Darin kommt auch ein Widerwille gegenüber ›Experten‹ und ›Technokraten‹ zum Ausdruck. Populisten polemisieren häufig dagegen, dass Menschen unter Berufung auf ihre Expertise, ihr größeres Wissen, über die Köpfe anderer Menschen hinweg ›bestimmen‹ können. Da boten sich offenbar direkte Übergänge in die Regional- oder Lokalpolitik in Ostdeutschland an, und so hat dort in manchen Gegenden jeder Fünfte die AfD gewählt. Was geschieht dort in Ostdeutschland? Es wurden über die Köpfe der Leute hinweg Gebietsreformen initiiert und durchgeführt, mit der Folge, dass viele Menschen keine Postfiliale mehr am Ort finden, keinen Arzt, keine Apotheke, keine Bank, gar nichts. Das Gleiche ist in Frankreich feststellbar, wo ganze Regionen abgehängt werden, wie Sozialgeographen bestätigen. Man kann natürlich sagen, das sei der Preis der Globalisierung; man muss aber sehen, dass daraus auch Verärgerung und Verdrossenheit entstehen.

*Armin Schäfer:* Wenn man über Populismus spricht, muss man also auch über dessen soziale Ursachen sprechen. Sind Ungleichheit und Unzufriedenheit die Treiber für die Erfolge des Rechtspopulismus, Herr Fischer?

*Joschka Fischer:* Vielen Punkten stimme ich zu, auch was die Wahrnehmung des Abgehängtseins in Ostdeutschland betrifft. Aber warum haben gerade in Sachsen, wo man am weitesten in positiver Hinsicht vorangekommen ist, so viele die AfD gewählt? Zwar gibt es auch dort Räume, die wie beschrieben ›abgehängt‹ sind, und hinzu kommt, dass viele, gerade junge Frauen sich beruflich nach Westdeutschland, in die Schweiz, nach Österreich umorientiert haben und weggegangen sind. Umso mehr hat mich eine dieser jungen Frauen in einem TV-Bericht über eine Pegida-Demo mit der Aussage schockiert: »Ich war in Frankfurt am Main. Was ich da gesehen habe, das will ich auf keinen Fall hier!«

Ich frage mich, ob manche Ostdeutsche die Einheit vielleicht missverstanden haben. Denn sie sind ja nicht etwa einem altdeutschen Museum namens Bundesrepublik Deutschland beigetreten, sondern einer lebendigen Gesellschaft, in der eben auch in Frankfurt jenes Geld verdient wird, das anschließend in andere Regionen umverteilt wurde.

Wenn es heißt, im Osten seien weite Gebiete abgehängt, dann ist daran zu erinnern, dass es in Westdeutschland inzwischen Gebiete gibt, denen es mittlerweile schlechter geht als in Ostdeutschland. Eine Billion Euro ist in den ›Aufbau Ost‹ geflossen. Und anders als in den USA ist in der Bundesrepublik Deutschland der Sozialstaat entwickelt; sicher nicht perfekt, und wer ›Hartz IV‹ bezieht oder davon abhängig ist, hat kein leichtes Schicksal. Aber mit der Lage der Armen in den USA oder auch in Großbritannien hat unsere Realität wenig gemein.

Es gibt offensichtlich Gründe für den Rechtspopulismus im Osten, die nicht am Materiellen festzumachen sind. Ich glaube, es steckt ein ideologischer Kern in diesem Problem, der auf die alte DDR zurückweist. Man sagte immer: die DDR war ein kommunistischer Staat. Das war er, und zwar ein von der Sowjetunion abhängiger Staat – aufgrund der deutschen Geschichte, wegen des Zweiten Weltkriegs, der völligen Niederlage und der Besetzung durch die Rote Armee. Allerdings wurden die früheren Formen des Deutschnationalismus, die den Alltag, das Denken der Menschen geprägt hatten, nicht überwunden, sondern beibehalten. Da wurde nur die Farbe geändert, ein roter Anstrich darübergelegt, und dann man war ›Freund der Sowjetunion‹ und nicht mehr Feind. Die autoritären Strukturen blieben im Wesentlichen bestehen. Wenn man sich diesem ideologischen Kern der Auseinandersetzung nicht stellt, verfehlt man die Hauptursache des Zuspruchs für den Populismus in Ostdeutschland. Die soziale Lage dort ist dafür nicht ursächlich, dazu geht es Deutschland, bei allen Problemen, die wir haben, doch zu gut.

*Armin Schäfer:* Auch in Gelsenkirchen haben 17% die AfD gewählt, und in allen westdeutschen Großstädten waren es die armen Stadtteile, in denen die AfD am besten abgeschnitten hat. Demnach ist der Populismus kein spezifisch ostdeutsches Phänomen.

Herr Müller, warum reden wir überhaupt von Populismus, sollten wir nicht von Nationalismus sprechen, von einer ›rechten Welle‹, von Rechts-extremismus? Was gewinnen wir eigentlich mit dem Begriff Populismus?

*Jan-Werner Müller:* Man kann nicht einerseits die Populisten als große Vereinfacher bezeichnen und ihnen entgegenhalten, Politik sei doch eigentlich viel komplexer, und andererseits eine knackige These bzw. eine monokausale Erklärung erwarten, warum die Populisten an einem Ort stark und anderswo schwach sind. Es mag ja verlockend sein, die Aussage der Populisten für wahr zu halten, die angeben, für die ›Modernisierungsverlierer‹ einzutreten. Da meint man dann, sofort ein eindeutiges Muster zu erkennen. Aber so einfach ist es nicht, es ist eben abhängig von den Umständen. Die Gründe für den Aufstieg eines *Jörg Haider* sind nicht dieselben wie für den Aufstieg eines Jean-Marie Le Pen oder den Triumph eines Donald Trump. Der jeweilige nationale Kontext ist entscheidend, und wie die jeweiligen anderen Parteien agieren, ist sehr wichtig.

Die fatale Dynamik des Gegensatzes von ›Technokraten‹ und ›Laien‹ wurde schon angesprochen. Wenn die Ersteren behaupten, es gäbe für jedes politische Problem nur eine rationale Lösung, outet sich zwangsläufig jeder als ›irrational‹, der dagegen opponiert. Das macht es den Populisten leicht zu sagen: Demokratie ohne Wahlmöglichkeiten, das darf nicht sein – wo bleibt denn da das Volk? Gewinnen die Populisten auf diese Weise Zuspruch, fühlen sich die Technokraten darin bestätigt, dass ›Laien‹ überfordert sind, fachliche Konzepte nachzuvollziehen. So stehen sich die eine rationale Lösung der Technokraten und der authentische Volkswille, den nur die Populisten kennen, gegenüber in einer Art Teufelskreis zwischen zwei Antipluralismen. Was normalerweise für Demokratie steht, – Debatte, Austausch von Argumenten, Wahlmöglichkeiten, Konflikt auch – das geht zwischen diesen beiden Extremen unter. Diese Dynamik war in Europa während der Eurokrise sehr sichtbar und förderte populistische Bewegungen. Diese wachsen eben nicht nur dort, wo es den Leuten ökonomisch schlecht geht, denn wenn es so einfach wäre, müssten Länder wie Portugal oder Irland besonders betroffen sein.

Es ist verständlich, wenn jetzt Präsident Macron viel gelobt wird, aber darin liegt auch eine Gefahr. Denn Macrons Ansatz ist nichts anderes als ein Comeback der Rhetorik vom ›Dritten Weg‹, mit der die eine große, ›vernünftige‹ Bewegung der Mitte gepriesen wird und bei der deshalb auch

Menschen von links wie von rechts mitmachen dürfen. Alle dürfen an dieser Bewegung und ihrer Regierung teilhaben, und nur noch ein paar versponnene Links- und Rechtsextreme stehen abseits. Damit wird suggeriert, dass Andersdenkende im Grunde irrational und schlechte Demokraten seien. Bleibt der Erfolg für Macron aus, kann das den Populisten einen großen Schub geben; diese Gefahr besteht. Man sollte Macrons Bewegung empfehlen, diese Rhetorik nicht fortzusetzen, sondern für ihre Überzeugungen zu kämpfen und den Leuten zu erklären, warum das gut ist, anstatt andere Ansichten für illegitim zu erklären. Sonst bleibt er selbst populistisch, im Sinne von: Nur wir machen das Richtige und alle anderen werden ausgeschlossen.

Der Begriff des Populismus ist nach meiner Ansicht brauchbar und nützlich und keineswegs eine Verharmlosung von gefährlicheren Entwicklungen. Einerseits trifft der Begriff des Populismus auch auf den historischen Faschismus zu. Unstreitig verkündeten Leute wie *Hitler* und *Mussolini*, dass sie die einzig legitimen Vertreter des deutschen bzw. des italienischen Volkes seien. Daraus folgt allerdings nicht, dass Leute, die heute Populisten sind, bloß verkappte Faschisten sind. Zum Faschismus gehört die prinzipielle, sozialdarwinistische Vorstellung, dass zum wahren Leben immer Gewalt und Kampf gehören. Deshalb enden diese Regime immer im Krieg, denn das ›wahre‹ Menschsein verdient man sich erst in der ultimativen Auseinandersetzung mit anderen. Zu dieser Ideologie gehört immer auch Rassismus. Und man kann nicht behaupten, dass viele der bisher genannten Vertreter eines Populismus in dieses *hardcore*-faschistische Schema passen. Zweifellos gibt es einige, die sich dem immer weiter annähern, und das entgeht uns zum Teil, weil wir uns damit beruhigen, dass z.B. in Ungarn *Fidesz*, die Partei von Regierungschef Orbán, Mitglied der Europäischen Volkspartei ist, und allenfalls *Jobbik* eine kleine Partei von Neonazis sei. Aber *Fidesz* setzt seit Jahren schon die Ideen von *Jobbik* um, und es ist skandalös und beschämend für die CDU/CSU, dass die *Europäische Volkspartei* Orbán seit Jahren dabei deckt. Europa als Ganzes wird daran nicht scheitern. Wenn aber die Vorstellung Geltung behalten soll, dass es bei der EU einen moralischen Kern gibt, den man nicht angreifen darf, dann muss man sicher von einer Krise sprechen.

*Armin Schäfer*: Populisten seien Gegner der repräsentativen Demokratie, sie wollten unmittelbare, direkte Demokratie, wurde gesagt. Auch im Wahlprogramm 2017 der Grünen heißt es aber: »Wir wollen Volksentscheide im Grundgesetz verankern und direkte demokratische Beteiligung auf allen Ebenen stärken«. Auch die Grünen vertreten seit ihrer Gründungsphase eine starke Elitenkritik und geben dem Gefühl Ausdruck, die

Parteiendemokratie sei in wichtigen Teilen dysfunktional. Gibt es hier eine Parallele zu den Rechtspopulisten, Herr Fischer?

*Joschka Fischer:* Es liegt im Wesen einer demokratischen Partei, dass es darin unterschiedliche Meinungen gibt. Seit der Gründungsphase der Partei wende ich mich gegen die Forderung nach ›direkter‹ Demokratie,



Joschka Fischer

wobei ich nichts gegen eine Kritik der Eliten einzuwenden habe. Wenn dabei aber ein Generalverdacht erhoben und gleichzeitig an das ›gesunde Volksempfinden‹ appelliert wird, ist Vorsicht geboten. Dabei wird unterschwellig die ›identitäre‹ Demokratie, der direkte Kontakt mit dem Volk, gegen eine auf Gewaltenteilung und dem Repräsentationsprinzip basierende Demokratie in Stellung gebracht. Die repräsentative Demokratie ist aber eine wichtige Errungenschaft auf dem

Hintergrund gerade

der deutschen Geschichte. Unser Grundgesetz ist kein Zufallsprodukt, für das man nur die Verfassungstheorien im Westen zusammengekehrt hätte.

*Armin Schäfer:* Über das Grundgesetz und die repräsentative Demokratie gibt es hier keinen Dissens. Frau Priester, Sie wiesen aber auf Probleme der Funktionsweise hin: Es gebe eine ›Repräsentationskrise‹. Liegt auch darin eine Ursache für Populismus? Müssen wir, um Populismus zu verstehen, auch Defizite in der repräsentativen Demokratie eingestehen?

*Karin Priester:* Leben wir denn in der repräsentativen Demokratie in der besten aller möglichen Welten? Davon sind nicht alle Menschen überzeugt. Lange schon gibt es Bestrebungen – in der Politikwissenschaft wie in der Realität –, die darüber hinausgehen wollen. Denken Sie an die vielen Protestbewegungen, neue soziale Bewegungen, die NGOs, die über die politische Willensbildung, wie sie in der repräsentativen Demokratie vorgesehen ist, hinausgehen, und zwar mit kritischem Impuls. Wie hoch ist denn die Beteiligung an Wahlen? Und wer geht nicht zur Wahl? Das Bild würde sich auch dann nicht ändern, wenn Bürgerbefragungen oder Plebiszite veranstaltet würden. Auch direkte Befragungen bevorteilen diejenigen, die sich besser ausdrücken können, die gebildeter sind als andere, die besser wissen, wie man eine Unterschriftenaktion organisiert. Wer dagegen ganz unten ist – alleinerziehende Mütter, Bewohner von Hochhäusern und Sozialbauten – geht oft nicht mehr wählen. Weil diese Menschen das Gefühl haben, dass sich für ihr Leben sowieso nichts ändert, dass es gleichgültig ist, ob Partei X oder Partei Y regiert. Wenn solcher Fatalismus sich breitmacht, wächst die Gefahr, dass die Menschen den Wortführern einer Protestbewegung nachlaufen und den Verheißungen eines mehr oder weniger charismatischen Idols vertrauen.

Wie bürgernah oder -fern ist die gegenwärtige Politik? Ich halte sie für eher bürgerfern. Die repräsentative Demokratie beruht auf dem Gedanken: Wir wählen alle vier Jahre, und während dieser Legislaturperiode habe ich als Wählerin oder Wähler keine Möglichkeit, das Geschehen zu beeinflussen. Ich kann auch meinen Abgeordneten, meine Abgeordnete nicht zurückrufen. Bei einer ganzen Reihe von Vorschlägen, die gemacht worden sind, um Momente von direkter Demokratie zu erproben, kann man nicht von vornherein sagen, sie seien ein Angriff auf die Demokratie. Diese Vorschläge und auch unterschiedliche Modelle in Ländern wie etwa der Schweiz können durchaus für eine berechtigte Kritik und eine Vitalisierung der Demokratie stehen.

*Armin Schäfer:* Was macht Demokratien widerstandsfähig gegen populistische Aufwallungen? Wissen wir, wann und warum einzelne Länder besser in der Lage sind als andere, Populisten abzuwehren? Was können wir tun, damit die populistische Welle kein Tsunami wird, sondern wieder abebbt, Herr Müller?

*Jan-Werner Müller:* Zunächst noch ein Nachtrag zum Begriff der Repräsentationskrise: Ich sehe dabei nicht selten die Tendenz, von einem ins andere Extrem zu fallen: Einerseits wird gesagt, alle Populisten seien Lügner, man könne ihnen kein Wort glauben. Andererseits wird ihnen

zugeschrieben, exklusive Kenntnis von den ›wahren Sorgen und Nöten‹ der Menschen zu haben, so als hätten Populisten ein Monopol auf ein soziologisches Wissen um die Wahrheit über eine Gesellschaft.

Hinter dem Befund einer Repräsentationslücke steckt ein meiner Meinung nach irriges Verständnis von demokratischer Repräsentation: Diese erfolgt ja nicht so mechanisch als Reproduktion von bereits bestehenden, objektiv vorhandenen Identitäten oder Interessen, die eine Partei 1:1 umsetzen würde. Demokratische Repräsentation ist vielmehr ein dynamischer Prozess, in dem die Selbstwahrnehmung der Bürger sich auch dadurch formt, was politische Parteien anbieten, worüber die Zivilgesellschaft diskutiert, was Freunde und Verwandte sagen usw. Noch gibt es keinen *Trumpismus* in den USA, weder als Bewegung noch als Partei. Sollten aber genügend Menschen dabei mitmachen, und wenn diese Wahrnehmung sich verstärkt, dann kann es irgendwann im Trumpismus enden. Auch die österreichische FPÖ war nicht schon immer stark, aber nach einer gewissen Zeit war sie nicht mehr zu verändern oder zu stoppen.

Zu warnen ist aber vor einem Fatalismus der Eliten, der gerade bei linken Parteien in Europa feststellbar ist. Dort meinen manche verschämt feststellen zu müssen, der Erfolg der Rechtspopulisten beweise, dass die Arbeiterklasse eben ›einfach keine Ausländer leiden‹ könne. Das sei nun einmal so, dem müsse man Rechnung tragen und damit irgendwie zu recht kommen.

Was macht Demokratien widerstandsfähiger? Ich denke nicht, dass wir bereits in einer post-repräsentativen Ära leben, und ich bin überzeugt, dass Demokratie, wie wir sie kennen, nicht ohne Parteien funktioniert. Deswegen hoffe ich zuversichtlich, dass sich Parteienlandschaften erneuern können. Beispiel einer Partei, die auch als populistisch gebrandmarkt wird, ist *Podemos* in Spanien. Bevor diese Partei auftrat, konnte man mit guten Gründen sagen: In Spanien gibt es zwei ›alte‹ Parteien, die immer das Gleiche tun, im Grunde hat das System nichts mehr zu bieten, es herrscht ›Postdemokratie‹. Plötzlich sind da aber junge Leute, die erst auf den Plätzen demonstrieren, und dann – oh Wunder – die Mühe auf sich nehmen, eine neue Partei zu gründen, und dann, ein weiteres Wunder, sich zur Wahl stellen, verlieren und wieder brav nach Hause gehen – bis zur nächsten Wahl. Spanien – mit dieser angeblich ›gefährlichen‹ neuen Partei – ist keineswegs ein Beispiel für eine Krise der Repräsentation. Das Gegenteil ist der Fall, die demokratische Repräsentation gewinnt an Qualität.

Man muss nicht glauben, dass Populisten im Umgang mit Protesten gegen sie nicht dazulernen würden. Populisten suchen ständig die Konfrontation, sie führen ständig einen Kulturkampf. Wenn dann Menschen dagegen auf die Straße gehen, nährt das wiederum den Kulturkampf. Das heißt

nicht, dass man seinen Protest gegen die Populisten nicht auf die Straßen tragen soll. Man sollte aber nicht so naiv sein anzunehmen, dass eine große Demo dazu taugt, die Populisten auch nur symbolisch zurückdrängen. Die andere Seite hat stets Antworten darauf parat: Als in Ungarn große Protestdemonstrationen gegen sie stattfanden, beschuldigte die Regierung sofort das Soros-Netzwerk, das sich dabei wieder als eine kleine, liberale, aber gefährliche Minderheit gezeigt habe, während das wahre Volk aufseiten der Regierung stünde. Populisten sind lernfähig, auch sie können strategisch handeln, und sie wissen, wie man auf Protest reagiert.

*Joschka Fischer:* Es gibt weltweit viele unvollkommene Demokratien. Aber letztlich, und das gilt besonders für Europa, funktionieren diese Demokratien doch ganz gut, vor allen Dingen auch wegen der Gewaltenteilung im Rechtsstaat. Eine Demokratie ohne die Herrschaft des Rechts wäre einer totalitären Interpretation sehr nahe, in der die Mehrheit alles ist und die Minderheit nichts. Deshalb ist die Verteidigung der repräsentativen Demokratie sehr wichtig. Sind Protestbewegungen gegen die repräsentative Demokratie gerichtet? Nein! Wenn die Gesellschaft sich in der vorhandenen Struktur nicht vertreten fühlt, dann kommt es zu Protestbewegungen in einer offenen Gesellschaft. Gut so! Die werden dann in der Regel von einer lebendigen Demokratie aufgenommen und in die Demokratie integriert. Dabei gibt es auch die Möglichkeit der Erneuerung des Parteiensystems. Der Umstand, dass manche Menschen, besonders in Ostdeutschland, nicht mehr zur Wahl gehen, ist auch darauf zurückzuführen, dass etwa die Linkspartei ihre repräsentative Funktion gerade in den dortigen sozialen Brennpunkten verloren hat, möglicherweise infolge einer Verwestlichung dieser Partei.

*Publikum:* Wir müssen dem Populismus entgegentreten, indem wir das Demokratieverständnis stärken! Das ist möglich, indem wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich mehr mit dem Thema auseinanderzusetzen und zu lernen, was überhaupt Demokratie ist und wofür Parteien stehen. Dafür ist ein guter Politikunterricht an den Schulen wichtig. Meine Frage: wie könnten hier Verbesserungen aussehen?

*Publikum:* Überall ist von Freiheit die Rede, dabei gehört zur Freiheit auch Verantwortung. Die Menschen in der ehemaligen DDR haben für das, was sie erarbeitet haben, zu wenig moralische und menschliche Anerkennung gefunden. Man hat ihnen keine Verantwortung übergeben, die Runden Tische wurden abgeschafft, das Land wurde ›eingemeindet‹, und die Menschen waren nicht mehr gefragt. Sie wurden zwar im Privatleben frei, aber

damit hörte es auf. Natürlich kann man irgendeiner Partei beitreten, aber dann muss man sich mit deren Programm auseinandersetzen. Fazit: So bekommen wir nicht die Demokraten, die wir brauchen.

*Joschka Fischer:* Über den Weg zur Einheit gab es seinerzeit eine Debatte in Deutschland. Kohl, Schäuble und andere Regierungsmitglieder, die über den Einheitsvertrag verhandelten, waren der Meinung, nur ein Beitritt komme infrage, so schnell wie möglich, nichts anderes. Rückblickend habe ich dafür Verständnis: Als Regierung hatten die Genannten einen gewissen Einblick in die Entwicklungen in Moskau; es gab dort immerhin einen Putschversuch. Tatsache ist, dass eine große Mehrheit im Westen die Beitrittsoption begrüßte. Zwar nicht die Mehrheit der damaligen DDR-Bevölkerung, aber die Bürgerrechtler dort wollten auch die DDR-Gesellschaft in einer neuen Verfassung angemessen vertreten sehen – nicht als ideologisches Regime, sondern als Lebenswelt. Dahinter stand die Idee einer gleichberechtigten Vereinigung. Das fand keine Mehrheit, sondern breite Ablehnung, obgleich die DDR ja nicht nur ein politisches System war, sondern auch eine Lebensrealität, ein Alltag für 17 Millionen Ostdeutsche. Plötzlich war alles entwertet und es galt nur noch ›West-‹. Das ist heute ein wichtiger Faktor, das will ich gerne einräumen. Aber Kohl und Schäuble wollten die Sache damals ›in trockene Tücher‹ bekommen, damit man sicher sein konnte, dass es nicht zu einer Revision kommen kann. Der konkrete politische Verlauf war der Preis dafür.

Über den Ausgang der Bundestagswahl kann ich nur sagen: Der Ausgang von Wahlkämpfen ist auch eine Frage der Mobilisierung! Wenn Politiker nicht in der Lage sind, laut und klar zu erklären, was sie tun wollen – weil sie aus taktischen Gründen fürchten, der Opposition zu viel Angriffsfläche zu bieten –, dann gibt es ein Problem. Und im Unterschied zu den beiden vorigen Wahlen, die Angela Merkel gewonnen hat, gibt es jetzt eben die AfD. Beschweigen und Demobilisieren funktionierte als Erfolgsstrategie nicht mehr. Deswegen frage ich: Warum sprechen die Mitte-Parteien nicht von Europa? Warum macht man daraus nicht ein Offensivthema, wie man es in Frankreich gemacht hat, warum war es bei uns ein Defensivthema, warum hatte man Angst davor? Diese Angst spielte meines Erachtens eine große Rolle. Politiker und Politikerinnen müssen in der Lage sein, das Volk mitzunehmen. Frühere große Debatten, die geführt wurden, befassten sich mit Richtungsentscheidungen. Vor solchen Richtungsentscheidungen stehen wir heute wieder, und die größte wird die für Europa sein, angesichts der globalen Entwicklung.

*Karin Priester:* Deutschland ist ein Land, in dem – vergleichsweise spät – mit der AfD eine rechtspopulistische Partei entstanden ist, damit liegt unser Land sozusagen im Normaltrend. Was aber auch anderswo viele Menschen zur Wahl populistischer Parteien gebracht hat, ist ja, dass es keine linke Alternative mehr gibt. Die Linken sind Liberale geworden! Dafür steht ebenso die von Hillary Clinton betriebene Antidiskriminierungspolitik, ihr Eintreten für die Rechte von Homosexuellen, ethnischen Minderheiten oder Frauen. Das war zumindest kulturell ein Problem, auch in Deutschland.

Die Situation in Ostdeutschland, in der ehemaligen DDR, ist sehr komplex, und der Wahlerfolg der AfD kann nicht als Folge zweier durchlebter Diktaturen einer Bevölkerung erklärt werden, die im Grunde nicht gelernt habe, richtig mit Demokratie umzugehen. Man muss genauer hinschauen: Wie hat die Treuhand nach der Wende agiert? Wie ist die Abwicklung der ›Volkseigenen Betriebe‹ in der DDR gelaufen? Und wie kommt es, dass in einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt, in ehemaligen Industriegebieten wie um Bitterfeld oder im Süden des Landes, die größten Stimmzugewinne für die AfD gezählt wurden, nicht aber im Norden, einer eher agrarischen Region, die ja ebenso der SED-Diktatur unterworfen war? De-Industrialisierung ist hier eine wichtige Entwicklung, die auch in Westdeutschland, im Ruhrpott, zu politischen Verwerfungen geführt hat.

*Jan-Werner Müller:* Es gibt die Tendenz, bestimmte Gruppen als Schuldige für diese populistische Welle auszumachen. Das sind ›die Alten‹ in England, die für den Brexit stimmten; das sind die Ostdeutschen; das sind die ›weißen Männer‹ in den USA, die *rednecks*; das sind ›die Ungarn‹ und ›die Polen‹, die die Demokratie noch nicht verstanden haben und deshalb Orbán und Kaczyński zur Macht verhalfen.

Wenn in großer Zahl eine Partei gewählt wird, die als klar populistisch zu identifizieren ist, so folgt daraus nicht, dass jeder dieser Wähler selbst Populist oder Antipluralist ist. Man kann auch nicht pauschal behaupten, populistische Wähler in den USA seien Gegner jeglicher Antidiskriminierungspolitik. Diese Auffassung ist eine Konstruktion, die einer Deutungselite entstammt, ebenso wie ›Populismus‹ selbst. Tatsächlich gibt es sehr verschiedene Motivlagen, die zu diesen Wahlergebnissen geführt haben. Natürlich sind nicht alle diese Motive harmlos, aber wir sind meist einen Schritt zu schnell im Urteil über die Menschen, und der positive Ausblick am Schluss ist: Diese Menschen können sich immer noch ändern.